

Chronologie des langen Kampfes für ein gentechnikanbaufreies Bayern



Der BUND Naturschutz in Bayern e.V. (BN) begann 1987, sich für das Thema Gentechnik zu interessieren. Auslöser war die Veröffentlichung des Berichts der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Chancen und Risiken der Gentechnologie". Bei einem BN-Seminar in Wiesenfelden wurde vorgeschlagen, dass sich der BN näher mit diesem neuen Thema beschäftigen solle. Der BN-Vorstand beschloss daraufhin, einen BN-eigenen Arbeitskreis Gentechnik zu gründen, der in den Folgejahren Infos und Materialien zu den Auswirkungen der Gentechnik auf Mensch und Umwelt erarbeitete. Schwerpunkt wurde, bedingt durch die Zielsetzungen des BN, die Debatte über die Agrogentechnik, damals auch gerne als "grüne Gentechnik" bezeichnet.

1993

Der eigentliche Kampf des BN gegen Agrogentechnik in Bayern begann 1993/1994 mit den Einwendungen und Protesten gegen die ersten Freisetzungversuche mit gentechnisch veränderten Zuckerrüben (Resistenzen gegen die Viruserkrankung Rhizomania und Resistenzgene gegen ein Antibiotikum und das Herbizid Glufosinat) der Firma KWS in Niederbayern und Freisetzungversuchen der TU München mit herbizidresistenten Maispflanzen bei Fürstenfeldbruck. Diese Freisetzungsanträge wurden in der Öffentlichkeit breit diskutiert, die ersten Proteste gegen den Einsatz der Agrogentechnik setzten ein. Sie setzten sich fort, überall dort, wo Gentechnikkonzerne mit staatlicher Genehmigung Gentech-Pflanzen freisetzten. Der BN beteiligte sich jeweils an den Einwendungen gegen die Freisetzungen und an den Erörterungsverfahren, die mehrere Tage dauerten.

Ab **1996/1997** fanden an zahlreichen Standorten in Bayern Freisetzungversuche mit herbizidresistenten Mais-, Raps- und Zuckerrübenpflanzen der Firmen AgrEvo und Monsanto statt (<http://apps2.bvl.bund.de/freisetzung/index.html>).

1997/1998

Bereits im Frühjahr 1997 formierte sich unter aktiver Beteiligung des BN ein Aktionsbündnis aus Umweltverbänden und kirchlichen Gruppen mit dem Ziel, ein Gesetz für ein Lebensmittel-Gütesiegel „Gentechnikfrei aus Bayern“ zu verabschieden und sammelte dafür über 30.000 Unterschriften. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde von den Grünen im Landtag eingebracht, fand jedoch keine Mehrheit. Es wurde deshalb beschlossen, ein Volksbegehren durchzuführen, das vom BN mit initiiert und maßgeblich getragen wurde, insbesondere von der stellvertretenden Landesvorsitzenden des BN, Doris Tropper, die eine der zwei Vertrauenspersonen des Volksbegehrens war. Der Start war im Oktober 1997 und bis Weihnachten hatten sich bereits über 200.000 Bürgerinnen und Bürger in die Listen für den Zulassungsantrag eingetragen (erforderlich: 25.000). Angesichts dieses überwältigen Erfolgs gab die CSU ihre generelle Verweigerungshaltung auf. Sie brachte im Landtag einen eigenen Gesetzentwurf ein und peitschte diesen in Windeseile durch. Kurz vor der entscheidenden zweiten

Phase des Volksbegehrens, bei der sich innerhalb von 2 Wochen (24. April bis 8. Mai 1998) mindestens 10 Prozent der Wahlberechtigten eintragen müssen, damit es zum Volksentscheid kommt, trat das Gesetz in Kraft. Obwohl das CSU-Gesetz bei genauerer Durchsicht eine breite Etablierung gentechnikfrei produzierter Produkte eher verhinderte, trug dieses Verwirrspiel mit dazu bei, dass das Volksbegehren letztendlich an der 10-Prozent-Hürde scheiterte (440.000, was 4,9 % entspricht). Mit der Initiative und der Kampagne für das Volksbegehren wurde aber ein Thema in die Öffentlichkeit gebracht, das bundes- und europaweit Wellen Schlug. Es wurden damals die Grundlagen geschaffen, die schließlich zur dauerhaften Ablehnung der Agrogentechnik bei einer deutlichen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Bayern führte.

1999

GVO-Freisetzung wurden nicht nur von Unternehmen, sondern auch von staatlichen Einrichtungen durchgeführt. So testete die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft ab 1999 gentechnisch veränderte Kartoffeln und später sehr umfangreich insektenresistenten Mais. 1999 wurde auch ein mehrjähriger Freisetzungsversuch der Bundesanstalt für Züchtungsforschung mit gentechnisch veränderten, pilzresistenten Reben in Veitshöchheim genehmigt - begleitet von massiven Protesten von Umweltschützern, Verbrauchern sowie fränkischen Winzern. Der Versuch wurde vorzeitig eingestellt

2003

Die Staatsregierung legte in ihrer Broschüre: „Daten + Fakten + Ziele – Zwölf Eckpunkte zur Grünen Gentechnik“ ein einseitiges Plädoyer für die Agrogentechnik vor, das heftig kritisiert wurde. (Die Kritik des BN ist nachzulesen auf der BN Website unter <http://www.bund-naturschutz.de/themen/gentechnik/fakten.html>.)

Von der Staatsregierung unter Ministerpräsident Edmund Stoiber und der CSU geführten Landtagsfraktion wurde damals beispielsweise gefordert: „Es sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Bayern, Deutschland und der EU ermöglichen, den Anschluss an die Weltspitze auf dem Gebiet der Grünen Gentechnik zu gewinnen.“

Nach Ablauf des vorübergehenden Zulassungsstopps für den kommerziellen GVO-Anbau in Europa von 1998 bis 2003 formierte sich der Widerstand neu. In Bayern wurde 2003 von Umweltverbänden gemeinsam mit kirchlichen Organisationen, Landwirten und Verbrauchern das „Bündnis für gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft“ gegründet, dem 30 Organisationen angehören. Das Bündnis organisierte den Widerstand gegen den Anbau der insektenresistenten Maislinie Mon 810, dem einzigen auf EU Ebene zugelassenen GVO, und leistete Aufklärungsarbeit über die Agrogentechnik und die damit verbundenen Risiken.

In vielen Landkreisen Bayerns entstanden regionale Bündnisse für eine gentechnik(anbau)freie Landwirtschaft. Hervorzuheben ist dabei die in Oberbayern entstandene Bewegung der „Zivilcourage“. Auch immer mehr Kommunen beschloss, dem Netzwerk der gentechnikfreien Kommunen beizutreten.

Breite Medienwirksamkeit erzielte auch die Klage des Imkers Karl Heinz Bablok aus Kaisheim (Landkreis Donau-Ries) gegen den Freistaat Bayern: auf dem 500 m entfernten staatlichen Versuchsgut Neuhof wurde 2003 insektenresistenter MON810-Mais der Firma Monsanto getestet, was zur Verunreinigung des Honigs durch Gentech-Pollen führte. Da MON810-Pollen keine Zulassung als Lebensmittel hatte, konnte der Honig nicht vermarktet werden und wurde dann in einer Müllverbrennungsanlage vernichtet. Der Imker verklagte den Freistaat Bayern auf Schadenersatz.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof verwies den Fall schließlich an den Europäischen Gerichtshof, der dem Imker Recht gab.

2004:

München: Erste große, vom BN und dem „Bündnis Bayern für gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft“ organisierte Demonstration gegen Agrogentechnik mit 5000 Teilnehmern

2005:

Ingolstadt: Demonstration und Resolutionsübergabe an Horst Seehofer, damals noch Bundeslandwirtschaftsminister.

In der Folge begannen wachsende Teile der CSU, Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Gentechnikanbaus in Bayern zu äußern, auch in der Erkenntnis, dass sich eine Risikotechnologie nicht gegen den Willen breiter Bevölkerungskreise durchsetzen lässt.

2006

Der frühere CSU-Generalsekretär und spätere bayerische Umweltminister Markus Söder war einer der Vorreiter des Umdenkprozesses, der in der Folge vom heutigen Staatskanzleiminister Marcel Huber, damals noch einfacher Landtagsabgeordneter, in einem Arbeitskreis der CSU weiter vorgebracht wurde.

2008

Der Freistaat teilte im April mit, die Landessortenversuche aufzugeben, bei denen zugelassener Gentech-Mais auf seine Eignung für die bayerische Landwirtschaft geprüft wurde.

2009

Die bayerische Staatsregierung stellte auch die seit 2000 laufenden Freilandversuche auf 1,6 Hektar staatlicher Flächen ein, die der „Sicherheitsforschung“ dienen sollten.

2010 /2011

Die Zahl der auf Initiative von regionalen Bündnissen erreichten Beschlüsse für gentechnikanbaufreien Kommunen und Landkreise in Bayern und bundesweit wächst weiter. Seit 2011 vergibt das Bayerische Umweltministerium ein Logo an Städte, Gemeinden und Landkreise

2014

Die Bayerische Staatsregierung trat dem Netzwerk der Europäischen gentechnikanbaufreien Regionen bei, dem über 60 europäische Regionen angehören, darunter neben Bayern weitere acht Bundesländer (<http://gmofree-euroregions.regione.marche.it/>). Das Netzwerk setzt sich dafür ein, den Regionen mehr Befugnisse zum Verbot des GVO-Anbaus zuzugestehen.